

gleicht man diese Summen mit den Honoraren geistiger Arbeiter, mit den Geldmitteln, die den wissenschaftlichen Instituten unserer Universitäten zur Verfügung stehen, dann wird noch einmal sichtbar, wie völlig die Welt aus dem Gefüge gegangen ist.

*Das erste Mehrjahresverzeichnis nach dem Kriege.* Die Deutsche Bücherei in Leipzig, die mit ihren 2¼ Millionen Büchern Deutschlands größte Bibliothek ist, hat es als bibliographische Zentrale auch im zerrissenen und gespaltenen Deutschland unternommen, das „Deutsche Bücherverzeichnis 1941—1950“ herauszugeben. Die erste Lieferung (je Lieferung 20 Bogen mit je 8 Seiten) ist bereits im Verlag des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig erschienen, die anderen folgen in monatlichen Abständen.

Damit ist die alte, durch den zweiten Weltkrieg unterbrochene Tradition, in Leipzig Mehrjahresverzeichnisse erscheinen zu lassen (im Jahre 1700 beginnend mit Heinsius, über Kayer und Hinrichs und seit 1911 als „Deutsches Bücherverzeichnis“ fortgesetzt von der Deutschen Bücherei in Zusammenarbeit mit dem Börsenverein), wieder aufgenommen worden. Sämtliche deutschsprachigen Neuerscheinungen dieses turbulenten Jahrzehnts sind in das „Deutsche Bücherverzeichnis 1941—1950“ aufgenommen worden. Darüber hinaus findet man sämtliche in der Berichtszeit erschienenen Zeitschriften mit allen, gerade für dieses publizistische Gebiet charakteristischen Veränderungen. Außerdem wurden neben den im Buchhandel erschienenen Schriften erstmals auch die Titel der wichtigeren Schriften aus der „Deutschen Nationalbibliographie Reihe B: Neuerscheinungen außerhalb des Buchhandels“ mit aufgenommen, vor allem bibliophile Drucke, Schriften gelehrter Gesellschaften und Institute, Festschriften für Wissenschaftler und Künstler, Veröffentlichungen der Industrie, Technik und Wirtschaft.

So wird nicht nur der Antiquar und Buchhändler oder der Bibliothekar zu diesem bisher vollständigsten Bücherverzeichnis — 310000 Titel — greifen, sondern auch der Wissenschaftler und Gelehrte wird sich gern dieser umfassenden Allgemeinbibliographie bedienen und sich an Hand des ausführlichen Stich- und Schlagwortregisters über alle deutschsprachigen Neuerscheinungen der verflossenen 10 Jahre orientieren können.

*Geldwirtschaftliche Probleme im Nahen Osten und in Südasien.* Dem „Wirtschaftlichen Informationsbrief“ Nr. 44 der Bayerischen Staatsbank entnehmen wir folgendes: Labile Wirtschaftsgrundlagen äußern sich sinnfällig in labilen Währungen, die besonders im laufenden Jahre einen ungewöhnlich starken inflationistischen Zug aufweisen, der den Mittelosten und Südasien charakterisiert. Häufig geänderte Devisenbestimmungen und Außenhandelsregelungen belasten mit besonderen Risiken den Außenhandel mit diesen Gebieten.

In Israel gilt seit Februar dieses Jahres der 1949 festgesetzte amtliche Kurs 1 Isr. Pfund = 2,80 USA-Dollar nur mehr für die Einfuhr von Brot, Mehl und Zucker; die Relation 1,40 Dollar gilt für die Einfuhr von Fleisch, Tee und Kaffee sowie die Ausfuhr von Citrus. Für alle übrigen Exporte hat man die Parität Isr. Pfund mit dem USA Dollar: 1:1 fixiert. Vor dieser Neuregelung hatte die israelische Währung im Freiverkehr eine Abschwächung bis 0,50 Dollar erfahren. Die ganz ungewöhnlichen, fast einmaligen Bedingungen, unter welchen der junge Staat wirtschaftlich und sozial aufgebaut wird, das Bestehen eines Handelsbilanzpassivums von rund 200 Millionen Isr. Pfund, die große Rolle des ausländischen, vor allem USA-Kapitals, das Jahr für Jahr zufließt, sind Umstände, welche auch die letzte Währungsregelung nur als ein Übergangsstadium werten lassen.

Seitdem das ägyptische Pfund vor fünf Jahren aus dem Verbande des Sterlingblocks herausgenommen und auf eine eigene Grundlage gestellt worden war, be-

steht das Bestreben, die Golddeckung auszugestalten; denn bis dahin waren es vor allem britische und ägyptische Schatzscheine, welche die Währung deckten. Es ist tatsächlich gelungen, eine Goldreserve von über 60 Millionen ägyptischen Pfund anzulegen, die heute rund ein Drittel des Notenumlaufes deckt. Man hat die Dollar- und sonstigen Hartwährungseingänge aus der Baumwollausfuhr systematisch zurückgehalten und 1949 ein eigenes „Exportpfund“ geschaffen.

Zu einschneidenden Maßnahmen sah sich Persien genötigt, seitdem die Devisen aus der Erdölkonzession ausgeblieben sind. Entgegen pessimistischen Voraussagen, die einen völligen Zusammenbruch der Wirtschaft des Landes als unvermeidlich hingestellt hatten, ist es im Mai dieses Jahres gelungen, den Rialkurs (nominelle Parität 1 Dollar = 32,25 Rials), der bereits auf 83,50 abgeschwächt war, bei 74,25 zu stabilisieren. Der Notenbank wurden zu diesem Zwecke Beträge aus den 8,8 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt, welche vom Internationalen Währungsfonds gegen Rials gekauft wurden. Es ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß nach Bereinigung des Erdölstreites eine weitere Revalorisierung der persischen Währung eintreten werde.

*Neue Probleme der politischen Moral.* Wir haben unlängst in Deutschland mehrfach von dem „Skandal“ gehört, daß Parlamentarier von privater Seite für Zwecke ihrer Partei oder ihres politischen Programms Unterstützungen angenommen haben. Nun haben die USA jüngst einige nicht ganz gleiche aber doch verwandte Fälle gehabt. Wie zurückhaltend man über dieses ganze Problem zu urteilen hat, können wir aus einem Kommentar der Zeitschrift „America“ lernen. „Neue Probleme der politischen Moral“ überschreibt sie ihre Untersuchung (4. Okt. 1952, S. 7 ff.).

Da ist der sogenannte „Fall Nixon“. Der kalifornische Senator und künftige Vizepräsident der USA Richard M. Nixon hatte aus Kreisen seiner politischen Anhänger seit den Senatswahlen von 1950 Unterstützungsgelder in Höhe von über 16000 Dollar erhalten. Nach seinen Aussagen hatte er das Geld angenommen, um nicht der Bundesregierung und damit den Steuerzahlern zur Last zu fallen. Ausgegeben wurde es für politische Zwecke, als da sind: Porto, Reisespesen, Druckkosten für Redner und Dokumente. Nixon erklärte, er hätte Geld in seinem Kampf gegen Kommunismus und Korruption benötigt. Zudem soll die Unterstützung gar nicht durch seine Hand gegangen, sondern von einem Ausschuß verwaltet worden sein.

Ein anderer Fall wurde später bekannt. Der Gouverneur (und Präsidentschaftskandidat des letzten Wahlkampfes) Stevenson gewährte einigen seiner Beamten in der Staatsverwaltung von Illinois Zuschüsse aus privaten Mitteln in Form von Geschenken — gewöhnlich zu Weihnachten. Er wollte auf diese Weise den Abstand zwischen der Höhe ihrer Staatsgehälter und dem Einkommen verringern, das sie haben würden, wenn sie in einem privaten Wirtschaftsunternehmen arbeiteten. Dadurch sollten Beamte in Schlüsselstellung an der Stange gehalten und andere geeignete Kräfte angezogen werden. Die Mittel für die Geschenke stammten aus Überschüssen im Wahlfonds, was den Beamten allerdings unbekannt war.

Hatten einige deutsche Parlamentarier Geld hauptsächlich für Parteizwecke angenommen, so waren es drüben aus Parteikreisen gestiftete Summen, die für die amtlichen oder Dienstaufgaben der betreffenden Volksvertreter aufgewandt wurden, weil die vom Staat gewährten Diäten und Unkostengelder nicht ausreichten. Bei den Beamten des Gouverneurs wurde das Gehalt mit Überschüssen aus der Wahlkasse aufge bessert. In den amerikanischen sowohl wie in den deutschen Fällen geht die Frage nun darum: sind die im Dienste des Volkes stehenden Männer nicht in ihrer Unabhängigkeit und damit in der Ausübung ihres